

zeit^dung



der IUHAS - Initiative Umweltschutz Hähnlein Alsbach Sandwiese
April 2003/Nr. 65



Wie jedes Jahr im Frühling halten in Bickenbach und Jugenheim (unser Bild, mit Blick in Richtung Alsbach) Autofahrer aus anderen Regionen an, um die Blütenpracht entlang der Straße zu bestaunen und auch zu fotografieren.

Vielleicht kann ähnliches demnächst ja auch in Hähnlein bewundert werden. Die gemeindlichen Gremien fassten im letzten Augenblick den richtigen Beschluss zur Umgestaltung der Ortsdurchfahrt Hähnlein, der dieses erlauben würde. - Mehr dazu finden Sie ab Seite 19.

Ei guure wie ...

Schon wieder wählen gehen! Nach der Bundestagswahl im September 2002 und der Landtagswahl im Februar 2003, werden Sie am 27 April 2003 zum dritten Mal innerhalb von sieben Monaten an die Urnen gebeten. Diesmal geht es um einen neuen Landrat für den Kreis Darmstadt-Dieburg.

Die Grünen haben als Kandidaten den Alsbach-Hähnleiner Christel Fleischmann nominiert. Diese Entscheidung kam nicht überraschend, denn Fleischmann ist im Kreistag nicht nur der aktuelle politische Gegenspieler des amtierenden Landrates Jakoubek, sondern er repräsentiert auch Kontinuität grüner Politik im Kreis Darmstadt-Dieburg – sozusagen seit der erster Stunde.

Fleischmann begleitete und gestaltete die politisch besonders erfolgreichen Wahlperioden der rot-grünen Koalition in Darmstadt-Dieburg. In diese Zeit fällt beispielsweise der hessenweit vorbildliche Aufbau der heutigen Abfallwirtschaft des Kreises, und dabei wurden auch weitsichtige Entscheidungen auf Kreisebene getroffen - etwa der Erhalt der Grube Messel als Fossilienstätte, oder der Bau der ersten hessischen Kompostierungsanlage in Alsbach-Hähnlein.

Fleischmann gilt nicht nur in der eigenen Partei als Finanz- und Haushalts-experte, den Haupt- und Finanzausschuss des Kreistages leitete er 8 Jahre als Vorsitzender. Mehr über die

Kandidatur Fleischmanns zur Wahl des neuen Landrates für Darmstadt-Dieburg ab Seite 4.

So sehr SPD und CDU in Bund und Land aufeinander eindreschen, so sehr hüpf man in Alsbach-Hähnlein gerne ins gemeinsame Bett, kuschelig vorgewärmt von den Freien Wählern. Über so viel Einigkeit könnte man sich eigentlich freuen, würde es sich dabei nicht nur um eine bloße Verhinderungs-koalition handeln. Egal, ob es um den Bau Saales für kulturelle Veranstaltungen in Hähnlein geht oder um die Zwangsräumung der Asylbewerberunterkünfte in der Sandwiese: der Block aus SPD, CDU und FW steht.

Es war eine ungeheuerliche, menschenunwürdige Aktion, die sich im Februar in der Sandwiese abgespielt hat.

Das Flüchtlingsamt des Kreises hat, unterstützt von der Gemeinde, hat Asylbewerber zwangsweise aus einer der beiden Gemeinschaftsunterkünfte in der Sandwiese in andere Gemeinden verlegt. Der Hintergrund: In dem geräumten Haus sollen Spätaussiedler unterge-

IMPRESSUM:

Die ZEITDUNG wird von der IUHAS - Initiative Umweltschutz Hähnlein Alsbach Sandwiese herausgegeben.

Redaktion dieser Ausgabe:

Christel Fleischmann, Hedi Herrmann

Illustration und Umschlag:

Christel Fleischmann

Anschrift: In der Pfarrtanne 4
64665 Alsbach-Hähnlein

Telefon: 06257 - 4247

Auflage: 3.500

bracht werde. Proteste dagegen gab es von vielen Seiten. Das gute Ansehen, das Alsbach-Hähnlein bei der Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern einmal hatte, wurde dadurch schwer geschädigt: Menschen als Verfügungsmasse für Behörden. Wir berichten ab Seite 13 ausführlich über die skandalösen Vorgänge und ihre Hintergründe.

Wenn es um den Bau eines Saales für kulturelle Veranstaltungen im Ortsteil Hähnlein geht, produziert die Mehrheit der Gemeindevertretung, völlig ohne Konzept, ein ums andere Mal Widersprüche.. Dass mittlerweile die Einsicht über die Notwendigkeit eines Kulturtreffs zu überwiegen scheint, ist immerhin ein erster Erfolg des permanenten Nachhakens der Iuhas. Nun geht es um den „richtigen“ Standort. Doch da spielen SPD, CDU und FW ihr altbekanntes Spiel: nur keinen Vorschlag der Iuhas annehmen, sondern wie so oft, diesen mit fadenscheinigen Begründungen und falschen Argumenten ablehnen.

Wie die Alternative der großen Verhinderungscoalition aussieht, können Sie ab Seite 5 lesen.

Endlich war es so weit, das Jugendzentrum in Alsbach wurde eingeweiht. Das Interesse unter den Jugendlichen und den Erwachsenen, die dieses Projekt über viele Jahre begleitet hatten, war groß. Wir vermitteln auch einen optischen Eindruck von der Einweihungsfeier ab Seite 11.

Nicht zum ersten Mal auf dem Titel der Zeitung ist ein Foto von der Ortsdurchfahrt Jugenheim im Frühling.

Schon öfter scheiterte ein Versuch der Iuhas, auch in Alsbach das Anpflanzen von Blütenbäume entlang der Alten Bergstraße zu erreichen. Nach einem Beschluss der gemeindlichen Gremien besteht diese Chance jetzt für Hähnlein. Wir berichten ab Seite 19.

Neu in der Gemeindevertretung für die Iuhas:

Für den zurück getretenen Gerhard Zeizinger ist Georg „Schorsch“ Rausch in die Gemeindevertretung nachgerückt. Der 51-jährige Lehrer lebt seit 20 Jahren mit seiner Familie in Alsbach. Bei den Kommunalwahlen im März 2001 haben Sie ihn von seinem ursprünglichen Platz 15 auf den ersten Nachrückerplatz der Iuhas-Liste, Platz 7, hochkumuliert. Schorsch Rausch vertritt die Iuhas künftig zusammen mit Claudia Holz im Ausschuss für Bau-, Planungs- und Umweltfragen (BPU).



Landratswahl am 27. April 2003

Fleischmann wählen! – Warum nicht?

Er ist glaubwürdig, gradlinig und kompetent – gute Voraussetzungen für einen Landrat.

Erstaunlich an Christel Fleischmann ist aber nicht nur seine hohe Sachkenntnis in der Kreispolitik und seine immer wieder ausgleichende Art, er absolviert auch seit vielen Jahren ein ständig hohes Arbeitspensum für die grüne Partei. Ob Fraktionsvorsitz bei der Iuhas in Alsbach-Hähnlein, Direktkandidat bei der hessischen Landtagswahl oder als Mitglied des hessischen Parteirats der Grünen - Christel Fleischmann ist ein politischer Gestalter mit Leidenschaft!

Auf der grünen Mitgliederversammlung war der Wahl eine Aussprache zu einer grünen Direktkandidatur vorausgegangen. Christel Fleischmann erläuterte,



Gut zu wissen, wen man wählt!

dass er selbst bei der Entscheidung zur einer Direktkandidatur vor sechs Jahren (damals kandidierte der grüne Hans-Jürgen Braun als Erster Beigeordneter und stellvertretender Landrat) einer grünen Direktkandidatur kritisch gegenüber stand. Seitdem haben sich jedoch die politischen Verhältnisse im Kreis stark gewandelt.

„Die Interessen der Grünen und der SPD sind nicht mehr identisch. Wir sind nicht nur die treibende Kraft in der Opposition, wir haben auch inhaltlich eigenständige politische Ziele.“ sagte Fleischmann, „Es ist daher konsequent, wenn unsere Partei auch eine personelle Alternative bei der kommenden Landratswahl anbietet.“

Die Mehrheit der an der Diskussion beteiligten Personen bekräftigte die Sicht von Fleischmann und auch der Kreisvorstand sprach sich einmütig, wie auch bereits die Kreistagsfraktion für eine grüne Kandidatur aus, selbst wenn der derzeitige Amtsinhaber Jakoubek der klare Favorit der Wahl sein wird. Einzelne kritische Stimmen stellten keineswegs die Kandidatur als solche in Fra-

ge. Es wurde jedoch die Sorge geäußert, dass Christel Fleischmann nach der gerade beendeten Direktkandidatur zur Landtag möglicherweise die Kräfte ausgehen könnten. Diese Sorge löste bei denen, die schon längere Zeit im Kreistag mit Fleischmann zusammenarbeiten, nur ein Lächeln aus, denn sein Durchhaltevermögen ist in der Fraktion sehr

gut bekannt. Dazu Fleischmann: „Ich weiß, wie anstrengend die kommenden Wochen für mich werden. Wenn mich aber die grüne Partei mit ihren Ortsverbänden genauso kräftig unterstützt wie bei der Landtagswahl, dann werden wir einen gemeinsamen Wahlkampf erfolgreich bestreiten.“ *(Robert Ahmt, Kreisvorstandssprecher B90/Grüne DaDi)*

Ortsmitte Hähnlein

HIN UND HER

Das Chaos bei der Planung des Hähnleiner Marktplatzes nimmt immer bizarrere Formen an. Dass die Planung der Ortsmitte ein dynamischer Prozess sein muss, steht außer Zweifel und es ist gut, neue Erkenntnisse immer wieder zu berücksichtigen.

So ist es klar, dass das geplante Geschäftshaus an der Gernsheimer Straße, in dem auch die Servicestelle der Post einziehen sollte, zunächst nicht realisiert werden wird, weil die Post ihren bisherigen Agenturen Knebelverträge

Feuerwehr-Gerätehaus: Aufstockung ist die ungünstigste Variante

anbietet, auf die kein vernünftiger Geschäftsmann eingehen kann.

Etwas anders sieht es bei der Freiwilligen Feuerwehr aus und total daneben läuft die Diskussion um den Kultursaal.

Wohin mit der Feuerwehr?

Die Iuhas hat aus städtebaulichen Gründen und wegen statischer Bedenken eine Aufstockung des bestehenden Gerätehauses auf dem Marktplatz von Anfang an abgelehnt. Genau diese Variante war aber der Favorit der Freien Wähler. Wir haben zunächst dafür plädiert, in dem geplanten Erweiterungsbau an die Marktschänke, Duschen, Umkleieräume und vor allem die Schulungsräume für die Feuerwehr unterzubringen. Dagegen hatte die Feuerwehr Bedenken,

weil es ungünstig ist, die Fahrzeuge getrennt von Duschen und Umkleiden unter zu bringen. Bei einem Einsatz könnte es sogar gefährlich sein, wenn Feuerwehrleute nach dem Umkleiden zu den Einsatzfahrzeugen rennen, wenn

diese teilweise schon aus der Fahrzeughalle fahren.

Der Ausschuss Ortsmitte Hähnlein hat schließlich das Planungsbüro mit einer Machbarkeitsstudie zum Thema

Feuerwehrgerätehaus beauftragt. Im Ergebnis ist die Aufstockung jetzt die ungünstigste Variante: teuer, städtebaulich eher negativ und auf keinen Fall zukunftsfruchtig. Diese Variante würde bedeuten, ca. 1,2 Millionen Euro für einen schlechten Kompromiss investieren. Favorit der Planer ist jetzt die Variante, bei der zumindest die Schulungsräume der Feuerwehr in einer erweiterten Marktschänke untergebracht werden. Umkleiden und Duschen könnten durch eine geringfügige Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses geschaffen werden. Überlegungen, die Kleintierzüchter aus dem ehemaligen Faselstall nach außerhalb zu verlegen, würden für einen weiteren notwendigen Platzgewinn für Feuerwehr und Rotes Kreuz sorgen. Gleichzeitig würde auch die Küche der Marktschänke vergrößert und es kämen Fremdenzimmer hinzu. In Richtung Westen würde die Marktschänke bis zur Grundstücksgrenze verlängert. Dieser Teil würde weitgehend offen, als Passage, gestaltet. Demnach könnte man die Kosten für diese Variante, in Höhe von rund 2,## Millionen Euro nicht allein dem Feuerwehrgerätehaus anlasten. Das Manko eines nicht zukunftsfruchtigen Feuerwehrgerätehauses bliebe allerdings bestehen. Schon jetzt musste für das neue Fahrzeug der Hähnleiner Wehr ein Tor vergrößert werden, damit es überhaupt einfahren kann.

Der Vollständigkeit halber, haben die Planer auch einen kompletten Neubau des Feuerwehrgerätehauses auf dem Marktplatz untersucht. Für 2,## Millionen Euro würde ein Neubau entstehen, der aber nie erweitert werden könnte, da dann der Platz aufgebraucht wäre. Für einen Neubau auf dem Marktplatz ist der Iuhas dafür das Risiko zu groß. Wir haben deshalb den Vorschlag gemacht, einen Standort für ein Feuerwehrgerätehaus auch außerhalb des Marktplatzbereiches, z. B. im Bereich des Friedhofes, in Erwägung zu ziehen. Immerhin wird dies jetzt ebenfalls geprüft. Damit wären auch die Verkehrsprobleme auf und um den Marktplatz beseitigt, die sich aus den Einsatzfahrten der Feuerwehr ergeben. – Laut nachgedacht haben wir natürlich auch über eine mögliche Zusammen-

Leider noch nichts konkretes zum Kultursaal - eine Realisierung ist nicht absehbar.

legung der beiden Freiwilligen Feuerwehren Hähnlein und Alsbach – vielleicht in der Sandwiese. Von den Hähnleiner Feuerwehrvertretern im Ortsmitte-Ausschuss kam dazu immerhin nicht mehr das reflexartige Kopfschütteln „unmöglich!“. Vielleicht gärt der Gedanke, nur noch eine Einsatzabteilung für Alsbach-Hähnlein, ja auch in den Köpfen der Alsbacher Feuerwehr-

leute. Für die Gemeinde wäre der Unterhalt einer Wehr, sogar einer sehr gut ausgestatteten Wehr, auf jeden Fall kostengünstiger als weiterhin zwei Wehren.

Und der Kultursaal?

Dazu gibt es leider noch nichts konkretes, was auf eine baldige Realisierung schließen lässt. Die CDU hatte zwar im Februar den Antrag eingebracht, die östliche Erweiterungsfläche der Marktschänke dafür festzuschreiben. Das hat sie aber offenbar nicht deshalb gemacht, weil sie überzeugt ist, dass das der richtige Standort ist, sondern viel eher, weil sie damit das Thema für eine gewisse Zeit vom Tisch haben möchte. Freudig aufgenommen wurde der CDU-Antrag vor allem von der SPD. Endlich wurde den lästigen Anträgen der Iuhas etwas entgegen gesetzt. Ein Kulturtreff Alte Schule scheint mittlerweile wie ein rotes Tuch für die Sozialdemokraten. Die Freien Wähler zierten sich zwar am längsten, dem CDU-Antrag zuzustimmen, sie wollten zunächst, genau wie die Iuhas, eine Beratung des Themas im Ausschuss Ortsmitte Hähnlein. Letztlich stimmten sie aber dann doch für den

Standort Marktplatz. In diesem Zusammenhang brachte Manfred Rechel (FW) dann erneut sein Beispiel vom Ober-Ramstädter Scheunensaal, als gelungenem Beispiel für eine Kultursaal.

Die Planer sahen das wiederum etwas anders: Einen Raum für kulturelle Veranstaltungen haben sie im Obergeschoss der Marktschänken-Erweiterung eingeplant – ganze 85 Quadratmeter groß, immerhin mit einer Garderobe. Das entspricht natürlich bei weitem nicht dem, was sich die Iuhas vorgestellt hat. In der Zeitung Nr. 64 haben wir unser Konzept dargestellt. Für bedarfsgerecht halten wir einen Saal, in dem cirka 200 Personen Platz finden, dazu eine Bühne sowie Nebenräume und Toiletten.

Über ein Raumprogramm hat bisher kein gemeindliches Gremium beraten. Aber CDU/SPD/FW wissen offenbar genau – egal welche Fläche benötigt wird - dass das östlich der Marktschänke realisiert werden kann. Schließlich kann die Mehrheit der Gemeindevertretung den gerade beschlossenen Bebauungsplan ändern so oft sie will.

Mitmachen bei der Iuhas!

**Wir treffen uns - außer in den Ferien -
jeden Montag, ab 20 Uhr, im
Gemeinschaftshaus in der Sandwiese.
Kommen Sie einfach mal vorbei!**

Guter Start in 2003

Das hat sich zum 1. Januar geändert:



Die rot-grüne Reformpolitik wird auch 2003 fortgesetzt. Der Schutz der Umwelt und soziale Gerechtigkeit stehen für uns ganz oben an. Zum 1.1.2003 treten eine Reihe von Maßnahmen in Kraft, die das zeigen:

1. Das Dosenpfand ist da!

Seit dem 1.1.2003 gilt die Pfandpflicht für Einweg-Getränkeverpackungen. Für Dosen und Einwegflaschen aus Glas oder Kunststoff gilt ein Pfand von 25 Cent (bzw. 50 Cent über 1,5 Liter). Damit wird der bisherige Wettbewerbsvorteil der Einweg-Verpackungen gegenüber den Mehrweg-Flaschen aus Glas oder PET endlich beseitigt. Einweg-Verpackungen verbrauchen schon bei der Herstellung mehr Energie und Rohstoffe. Sie tragen so zum Treibhauseffekt bei. Dosen und Einwegflaschen produzieren überflüssigen Abfall, der auf Kosten der Allgemeinheit aufwändig beseitigt werden muss. Der Import von Billig-Dosen gefährdete immer mehr Arbeitsplätze bei mittelständischen Brauereien und Mineralwasserbrunnen. Durch das Pfand ist Schluss damit. Umweltfreundliche Mehrweg-Fla-

schen sind wieder IN. Und die Verwertung von Dosen wird durch die Sammlung einfacher, preiswerter und besser.

2. Ökosteuern wird fortgesetzt

Zum 1.1.2003 tritt die nächste Stufe der Ökosteuern in Kraft. Die Mineralölsteuer steigt pro Liter um ca. 3 Cent. Durch die Ökosteuern wurde der Energieverbrauch gesenkt, Energiesparen ist angesagt. Gleichzeitig wurde die Arbeit preiswerter. Ohne die Ökosteuern lägen die Rentenbeiträge um etwa 1,5 % höher. Mit der Ökosteuern konnte ein Markteinführungsprogramm für erneuerbare Energien finanziert werden. Allein in Kassel und Umgebung konnten so mehr als 450 Arbeitsplätze in Solar- und Bioenergie geschaffen werden. Die Ökosteuern: gut für die Umwelt und gut für die Menschen.

3. Der Sprit ist (fast) schwefelfrei

Ab dem 1.1.2003 müssen die Tankstellen schwefelarmen Kraftstoff anbieten. Dieser kann bei allen Kraftfahrzeugen ohne Umbau oder Zusatzstoffe verwendet werden. Damit sind wir europaweit führend beim Abbau umweltschädlicher Abgase.

4. Endlich bedarfsorientierte Grundsicherung

Für ältere Menschen über 65 Jahren und dauerhaft erwerbsunfähige Menschen ist die Diskriminierung vorbei. Wenn das Einkommen oder die Rente nicht ausreicht, erhalten sie ab dem 1.1.2003 er-

gänzend eine Grundsicherung. Sie brauchen dann keine Sozialhilfe mehr. Die verschämte Altersarmut gehört der Vergangenheit an. Die Grundsicherung ist unabhängig von Einkommen und Vermögen der Angehörigen. Kinder brauchen für den Unterhalt ihrer Eltern nicht mehr zahlen, Eltern behinderter Menschen nicht mehr lebenslang für ihre Kinder auf-

kommen. Die Kosten trägt der Bund. Das ist sozial und fair für alle.

Wir setzen die ökologisch-soziale Reformpolitik fort!

Veranstaltungen gegen Gewalt:

INT. BEGEGNUNGSFEST UND AUSSTELLUNG

Am Sonntag, den 10. September wird das 10. Internationale Begegnungsfest auf dem Rathausplatz in Alsbach stattfinden. Von 14.00 Uhr bis 20.00 Uhr werden Alsbach-Hähnleiner BürgerInnen zusammen mit ausländischen Flüchtlingen und deutschen Spätaussiedlern feiern. Das von der Vorbereitungsgruppe vorgeschlagene Motto des

Festes „Aus Fremden Freunde machen – Integration“ dokumentiert den Willen der Beteiligten, auch und gerade nach dem für viele unbegreiflichen Vorgehen des Kreisflüchtlingsamtes für ein tolerantes Zusammenleben aller Menschen in unserer Gemeinde einzutreten.

Lesen Sie dazu mehr auf Seite 13.



Um Verständnis für die Situation von Flüchtlingen wirbt auch die multimediale Erlebnisausstellung „Labyrinth Fluchtweg“.

Aus dem Prospekt der Ausstellung:

Die BesucherInnen sind mit den verfolgten kurdischen Flüchtlingen Laila und Mehmet auf der Flucht. Mit Ihnen erleben sie die Flucht von Tschechien nach Deutschland. Dort bereiten Ihnen Behörden Probleme und sie werden von Übergriffen durch Nazis bedroht.

Am Anfang der Ausstellung werden die BesucherInnen mit einem Walkman ausgerüstet und mittels eines 20-minütigen Hörspiels durch die sieben Räume der Ausstellung geführt. Dabei werden sie in die Rolle eines Flüchtlings versetzt und erleben verschiedene Stationen der Flucht.

Die Ausstellung kann vom 4. bis 16. Mai besucht werden. Ihr Standort ist vor der Melibokusschule, der Eintritt ist frei.

HESSISCHE LANDES- UND HOCHSCHULBIBLIOTHEK

TECHNISCHE
UNIVERSITÄT
DARMSTADT

LHB, Schloss, 64283 Darmstadt

Initiative Umweltschutz Hähnlein
Alsbach Sandwiese
Herrn Christel Fleischmann
In der Pfarrtanne 4

64665 Alsbach-Hähnlein

Erwerbung / Pflicht

Schloss

64283 Darmstadt

Telefon (06151) 16-5832

Fax (06151) 16-5897

Mail: otto@lhb.tu-darmstadt.de

Datum: 03.06.2002

Abgabe von Pflichtexemplaren

Sehr geehrter Herr Fleischmann,

unsere Bibliothek sammelt, archiviert Veröffentlichungen gemäß dem Hessischen Gesetz über Freiheit und Recht der Presse in Verbindung mit der Verordnung über die Abgabe von Druckwerken nach diesem Pflichteinzugsbereich.

Wir würden uns freuen, könnten Sie unserer Bitte entsprechen und uns aufgrund der Verordnung die aufgeführte Veröffentlichung kostenlos überlassen:

**Zeitung der IUHAS _ Initiative Umweltschutz Hähnlein Alsbach Sandwiese
Nr. 1 und folgende Hefte**

Wir bitten um kurze Nachricht, falls die ältern Hefte vergriffen sein sollten.

Für Ihr Entgegenkommen danken wir Ihnen im voraus.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

(Barbara Otto)

Es ist ein ganz wichtiges Gesetz, das hessische Gesetz über Freiheit und Recht der Presse und gegen die Verordnung zur Abgabe von Druckwerken haben wir auch nichts.

Und so hatten wir auch nichts dagegen, der Hessischen Landes- und Hochschulbibliothek alle bisher erschienen Exemplare unserer Zeitung zukommen zu lassen. Es war nicht ganz einfach, alle seit Mai 1983 erschienen Exemplare ungelocht zu beschaffen, aber es gelang.

JUGENDZENTRUM ALSBACH



Schlüsselübergabe im neuen Jugendzentrum: Bürgermeister Wennrich übergibt symbolisch einen riesengroßen Schlüssel an eine Abordnung der Jugendlichen. Jahrelang hatten sie „ihr Juze“ im Bauwagen untergebracht. Jetzt startet eine neue Ära der Jugendförderung in Alsbach.

Wir hatten viele Jahre Anlass und Gelegenheit, in der Zeitung über das zu bauende Jugendzentrum in Alsbach zu berichten. Bereits im November 1997 mussten wir in einem kurzen Artikel darüber berichten, das durch den Neubau des Rathauses in Alsbach der Neubau eines Jugendzentrums notwendig wird. Damals bestand „Einigkeit bei allen Fraktionen, daß ein Ersatz so rechtzeitig geschaffen werden muß, daß ein nahtloser Übergang möglich ist.“ Es ging zunächst auch relativ zügig voran, im April 1998 hatte sich die Gemeindever-

tretung auf einen Standort festgelegt: das Jugendzentrum sollte vor den Alsbacher Schulen entstehen. Mit 570.000 DM (291.000 Euro) standen auch die Kosten (scheinbar) fest. Dann allerdings kam vieles anders als zunächst geplant und dafür verantwortlich war zu einem großen Teil ein Architekt, dessen Auffassung von Architektur nicht vereinbar war mit der Planung eines soliden und kostengünstigen Gebäudes, das von den Jugendlichen als „ihr Gebäude“ angenommen wird. Die Kosten liefen so davon, dass der Ge-

meinde keine andere Wahl blieb, als sich von dem Architekten zu trennen.

Ganz neu anfangen konnte man nicht mehr und so blieb nur die Möglichkeit, das vorhandene Konzept zu überarbeiten. Die Bilder von der Eröffnung zeigen, dass ein Gebäude entstanden ist, das den Jugendlichen von Alsbach viele Jahre großzügige Möglichkeiten schafft.

So gibt es neben dem großen Saal, der durch eine Trennwand in zwei Gruppenräume unterteilt werden kann, noch ein Mädchenzimmer, im Keller eine Werkstatt und einen Übungsraum für Bands sowie das Büro der Jugendförderung. Bis zum Sommer sollen dann auch die Außenanlagen fertig gestellt werden.



Am 11. März 2003 war es endlich soweit: Auf großes Interesse bei Jugendlichen und Erwachsenen stieß die Eröffnung des Jugendzentrums. Von dem Alsbacher Architekt J. Mannel wurde ein ansprechendes und funktionales Gebäude konzipiert. Viele überzeugten sich, wie variabel die Räume gestaltet werden können. So ist es auch möglich, Veranstaltungen mit einer größeren Anzahl von Beteiligten durchzuführen. Ein Highlight wird bestimmt auch das „Internet-Cafe“. Durch ein ausgeklügeltes System können die Computer schnell auf- und abgebaut werden. Wenn sie nicht benötigt werden verschwinden sie in einem Wandschrank. Eine richtige Einweihungsfete wird ist für nach den Sommerferien geplant.

Asylbewerber in der Sandwiese

MENSCHEN SIND KEINE BEHÖRDLICHE VERFÜGUNGSMASSE

„Genossenfilz“ ist nicht die Kopfbedeckung der Sozialdemokraten. Gemeinhin werden Seilschaften der SPD in öffentlichen Verwaltungen so bezeichnet. Erst vor kurzem wurde beim sogenannten „Gersprenz-Skandal“ von Genossenfilz gesprochen. Eine enge personelle Verzahnung von Bediensteten der Darmstadt-Dieburger Kreisverwaltung und

der Geschäftsführung der Seniorendienstleistungs gGmbH Gersprenz ließ sogar das Darmstädter Echo dieses Thema aufgreifen. In einer Reihe genannt wurden der Geschäftsführer der Seniorendienstleistungs gGmbH, Paulstefan Laux, der Leiter der Kreis seniorenbüros, Karlheinz Sieb, und Landrat Alfred Jakoubek.



Sie können es kaum glauben. Zwei Kinder in der Asylbewerberunterkunft in der Sandwiese müssen mit ansehen, wie innerhalb weniger Stunden die Wohnung geräumt wird. Ihre Eltern sind zu diesem Zeitpunkt noch nicht zu Hause.

War es auch Genossenfilz, der eine menschenunwürdige Aktion in den

Die Art und Weise, wie die Verlegung vorgenommen wurde, ist

Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber in der Sandwiese auslöste? – „Gut“ zusammengearbeitet haben dabei der Leiter des Kreisflüchtlingsamtes, Thomas Koch, und der Hauptamtsleiter der Gemeinde Alsbach-Hähnlein, Clemens Laub. Beides langjährige Genossen in der Otzberger SPD.

Was ist geschehen?

Um in einer der beiden Gemeinschaftsunterkünfte, die die Gemeinde zur Unterbringung von Asylbewerbern (und nur dafür!) an den Kreis vermietet hat, Platz für Spätaussiedler zu schaffen, wurden die bisherigen Bewohner kurzerhand verlegt. Zum Teil in andere Unterkünfte im Kreisgebiet, zum Teil in der zweiten Unterkunft auf dem gleichen Gelände. Die Art und Weise, wie diese Verlegung vorgenommen wurde ist hartherzig und rüde.

Zunächst wurden 2 äthiopische Frauen mit Unterstützung der Polizei, samt ihrem Hab und Gut abtransportiert. Und einen Tag nachdem Bürgermeister Wennrich im Darmstädter Echo mit dem Satz „Wir warten jetzt ab bis zur Gemeindevertreterversammlung“ zitiert wur-

de, rücken Kreisbedienstete an und räumen das Haus mit Unterstützung von Mitarbeitern der der Gemeindeverwaltung. Kinder, deren Eltern noch unterwegs sind, sitzen in ihrem Zimmer und müssen mit ansehen, wie sämtliche Wohnungstüren im ganzen Haus ausgehängt werden, um zu verhindern, dass die Bewohner nicht mitkommen wollen, sich einschließen könnten um damit ihre Verlegung zu verhindern.

Wie bereits in der Presse berichtet, haben sowohl die Grünen im Kreistag Darmstadt-Dieburg, als auch die Iuhas in der Gemeindevertretung Alsbach-Hähnleins die Art und Weise der Verlegung der Asylbewerber aus den Unterkünften in der Sandwiese in andere Unterkünfte im Kreisgebiet auf das Schärfste verurteilt. Die Iuhas hatte für

Zwei Frauen wurden mit Unterstützung der Polizei samt ihrem Hab und Gut abtransportiert.

die Sitzung der Gemeindevertretung am 6. März auch einen Antrag dazu vorgelegt.

Sowohl für die Grünen als auch für die Iuhas ist es nicht nachvollziehbar, dass so kalt und menschenunwürdig mit Flüchtlingen umgegangen wurde, die schlimmste Erfahrungen hinter sich haben und teilweise traumatisiert sind. Schlimm dabei ist, dass letztlich nur Zu-



Sämtliche Wohnungstüren im Asylbewerberheim in der Sandwiese wurden von Mitarbeitern des Kreisflüchtlingsamtes und der Gemeindeverwaltung ausgehängt und in einem Abstellraum unter Verschluss genommen. Damit war den Bewohnern praktisch die Möglichkeit genommen, weiter in ihren bisherigen Wohnungen zu bleiben.

teilungsquoten, Bequemlichkeit und wirtschaftliche Aspekte eine Rolle gespielt haben.

Dass sich Bürgermeister Wennrich und die Mehrheit des Gemeindevorstandes zu derartigen Handlangerdiensten für den Kreis hergegeben haben, ist insbesondere aus Sicht der Iuhas enttäuschend. Bisher hat gerade die Gemeinde Alsbach-Hähnlein kreisweit eine positiv herausragende Rolle bei der Flüchtlingsbetreuung gespielt. Seit 10 Jahren gibt es von der Gemeinde veranstaltete Begegnungsfeste mit dem Ziel, die Menschen in Alsbach-Hähnlein,

Deutsche und Ausländer, zusammenzubringen und Verständnis und Rücksicht für einander aufzubringen. Die Haltung des Gemeindevorstandes und insbesondere die Beteiligung der Gemeindeverwaltung an der Räumungsaktion am 20. Februar führt das bisherige Engagement ad absurdum.

Auch dass die Gemeinde – als einzige im Kreisgebiet – einen gemeindlichen Mitarbeiter zur Betreuung der Asylbewerber eingestellt hat, belegt die Absicht, in Alsbach-Hähnlein einen fürsorglichen, toleranten und humanen Umgang zu pflegen. Mit Ralf Winkel



Das Bettgestell hochgeklappt, Abfall und Plastiktüten in einer Ecke zusammen geräumt. Wo eben noch Menschen gewohnt haben, haben Behörden ganze Arbeit geleistet.

wurde bereits vor über 10 Jahren ein qualifizierter Mitarbeiter gefunden, der sich vorbildlich für den Schutz der ohnehin eingeschränkten Rechte der Flüchtlinge stark machte.

Dass die Leitung des Kreis-Flüchtlingsamtes gerade in Ralf Winkel einen harten Widersacher gegen die von ihr betriebene Verlegung der ihm anvertrauten Menschen sieht, belegt, wie engagiert und couragiert er seine Arbeit machte. Es ist geradezu ein Hohn, dass der Gemeindevorstand Ralf Winkel ab dem 1. März 2003 zur gemeindlichen Jugendförderung (zwangs-)versetzt hat. Gerade diese Versetzung macht deut-

lich, wie wenig Problembewußtsein Bürgermeister Wennrich und ein Großteil des Gemeindevorstandes für die Arbeit der Flüchtlingsbetreuung, aber auch für die der Jugendförderung aufbringen.

Die Rolle des Landkreises bei Flüchtlingsangelegenheiten war auch in der Vergangenheit nicht immer unumstritten. Der Druck, der auf den Mitarbeitern der Behörde lastet, ist enorm und sie sind einem permanenten Interessenwiderstreit ausgesetzt: Zum einen die Vorgaben des Landrates, weitgehend mit der vom Land zur Verfügung gestellten pauschalen Entschädigung für die Unterbringung und Betreuung der

Asylbewerber auszukommen und auf der anderen Seite zum Teil furchtbare Schicksale von Menschen auf der Flucht. Damit entschuldigen wir das Vorgehen in Alsbach-Hähnlein aber keineswegs.

Der Umgang mit den Asylbewerbern ist nur ein Aspekt. Dass Flüchtlinge weichen müssen, um Platz für Spätaussiedler zu machen, ist eine künstlich geschaffene Konkurrenzsituation zwischen Gruppen, die beide auf die Hilfe und Fürsorge der Behörden angewiesen sind und bei der jetzt die eine deutlich benachteiligt wird. Von dieser Haltung geht ein falsches Signal aus.

Es liegt ein erhöhtes Konfliktpotential in der räumlichen Enge der Unterbringung von Spätaussiedlern und Asylbewerbern auf einem Grundstück am Ortsrand in der Sandwiese. In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses des

Es wird künstlich eine Konkurrenz zwischen Flüchtlingen und Spätaussiedlern geschaffen.

Kreises Darmstadt-Dieburg hat Landrat Jakoubek die dahingehenden Befürchtungen der Grünen mit dem Hinweis zurückgewiesen, dass der Kreis da „ganz andere, bessere Erfahrungen“ habe. Auf Nachfrage der Vorsitzenden des Kreisausländerbeirates, Frau

Haideh Klar, warum denn in der Sandwiese eine Umsetzung von Asylbewerbern in andere Unterkünfte notwendig sei, wo man doch gleich die Spät-

Die Rolle des Landkreises in Flüchtlingsangelegenheiten war auch früher schon umstritten.

aussiedler in diesen anderen Unterkünften unterbringen könne, antwortete Landrat Jakoubek allerdings: „Eine Unterbringung von Spätaussiedlern und Asylbewerbern praktisch Tür an Tür ist nicht sinnvoll.“

Bei Spätaussiedlern steht, im Gegensatz zu Asylbewerbern, gesetzlich vorgegeben, die Integration im Vordergrund. Doch auch wenn gemäß dem Asylverfahrensgesetz eine Integration von Asylbewerbern nicht gewollt ist und nicht angestrebt wird, so ist es dennoch geboten, mit Flüchtlingen einen humanen, menschenwürdigen und ggf. freundschaftlichen Umgang zu pflegen. Diesen wünschen wir uns sowohl mit Spätaussiedlern als auch mit Asylbewerbern.

Eine Reihe von Schreiben an Bürgermeister Wennrich und Landrat Jakoubek haben deutlich gemacht, dass im Umgang mit Asylbewerbern elementare Menschenrechte nicht außer Acht bleiben dürfen. Dies zeigt uns, dass wir mit unserer Auffassung nicht alleine stehen.

Info der Grünen Bundestagsfraktion

BEDARFSORIENTIERTE GRUNDSICHERUNG

„Wir haben uns im Rahmen der letzten Rentenreform erfolgreich für die Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung für **alte Menschen** und **Erwerbsunfähige** eingesetzt. Das Grundsicherungsgesetz ist zum 1. Januar 2003 in Kraft treten. Die Grundsicherung soll die beitragsfinanzierte Rente und die private Vorsorge nicht ersetzen, sie soll sie für bestimmte Gruppen ergänzen. Sie soll vor allen Dingen die verdeckte Armut bekämpfen. Außerdem werden die Rentenversicherungsträger Rentner und Rentnerinnen zukünftig über mögliche Ansprüche auf Grundsicherung informieren und darüber hinaus auch Anträge entgegen nehmen und weiter leiten.

Leistungen für einmalige Bedarfe werden pauschaliert, die Bedürftigkeitsprüfung wird nur noch einmal im Jahr stattfinden und die Serviceleistungen der Ämter für ältere und erwerbsgeminderte Menschen werden ausgebaut.

Das Niveau der Sicherung wird sich an den Leistungen orientieren, welche durch das Bundessozialhilfegesetz vorgegeben sind. Unseres Erachtens muss das Leistungsrecht für alle Gruppen im Gleichschritt verbessert werden. Das gehört zu den vordringlichen Aufgaben der anstehen-

den Sozialhilfereform.

Die Einführung der Grundsicherung wird zu einer **deutlichen Verbesserung** für jene Menschen führen, die ihre geistig oder mehrfach behinderten oder pflegebedürftigen Angehörigen zu Hause betreuen. Das war uns sehr wichtig, denn geistig und mehrfach Behinderte sind ohne Hilfe der Gemeinschaft kaum in der Lage, eigene Alterseinkommen aufzubauen. Dies führt oftmals dazu, dass sie dauerhaft auf den Unterhalt ihrer Angehörigen verwiesen sind. Nach altem Recht existiert keine Beschränkung der Unterhaltspflicht von Eltern gegenüber ihren Kindern nach Alter. Für Eltern von Kindern, die von Geburt an behindert sind oder in jungen Jahren eine Behinderung erwerben, ergab sich daraus bisher eine lebenslange Verpflichtung zum Unterhalt.

Bedenken gibt es bei den **Kommunen** im Hinblick auf zusätzliche **finanzielle Belastungen**. Dass in Zukunft Bürgerinnen und Bürger ihren Grundsicherungsanspruch geltend



machen, die bisher aus Rücksicht auf ihre Angehörigen in Armut gelebt haben, ist ausdrückliches Ziel des Gesetzes. Für diese zusätzlichen finanziellen Verpflichtungen bekommen die Kommunen rund 410 Millionen . als Kompensation, das sind rund 100 Millionen mehr, als die Grundsicherung nach Berechnungen des Bundesministeriums für Arbeit voraussichtlich kosten wird. Diese Aufstockung hat die bündnisgrüne Fraktion im Rahmen des Vermittlungsverfahrens zur Förderung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge durchgesetzt. Zudem wird alle zwei Jahre überprüft werden, ob die Kom-

*pensation tatsächlich ausreicht. Die Grundsicherung wird nicht zusätzlich, sondern **an Stelle der Sozialhilfe** gezahlt. Sie verringert den Verwaltungsaufwand der Kommunen, weil sie im Gegensatz zur Sozialhilfe pauschaliert gezahlt wird und die Unterhaltsverpflichtungen der Kinder i.d.R. nicht mehr geprüft werden müssen. Die Kommunen erhalten die Kompensation erhalten die Kommunen über eine Aufstockung des pauschalen Wohngeldes.*

Die Einführung der Grundsicherung für alte Menschen und Erwerbsunfähige Anfang 2003 können wir als grünen Erfolg verbuchen.“

Ortsdurchfahrt Hähnlein

MEHR VERKEHRSSICHERHEIT ...

... und weniger Verkehrslärm soll durch die Umgestaltung der Ortsdurchfahrt erreicht werden.

Es gab grundsätzlich zwei Möglichkeiten, über die der Ausschuss für Bau-, Planungs- und Umeltfragen abschließend entscheiden sollte: ein farblich gekennzeichnete Streifen für Radfahrer oder Parkbuchten, die durch Bäume gegliedert sind.

Der Ausschuss entschied sich für die Parkbuchten. Diese richtige Entscheidung war vor allem Schorsch Rausch (Iuhas) zu verdanken, dem es mit überzeugenden Argumenten gelang, die Ausschussmitglieder von FW und CDU für diese Variante zu gewinnen.

Er wies u.a. darauf hin, dass Fahrradstreifen eine Sicherheit vermitteln, die tatsächlich nicht existiert. Immer wieder ist in solchen Fällen zu beobachten, dass bei Gegenverkehr Autos über diesen Streifen fahren und oft sind solche Streifen auch durch parkende Autos zu gestellt.

Die beiden Fotos auf der folgenden Seite zeigen hingegen sehr deutlich den Unterschied zwischen einer Straße, die mit Bäumen bestanden ist und der kahlen Hähnleiner Ortsdurchfahrt. Bemerkenswert ist dabei insbesondere, dass die Alsbacher Straße in Jugenheim breiter ist als die Gernsheimer Straße in der Hähnleiner Ortsdurchfahrt.



Die Alsbacher Straße in Jugenheim: Baumkronen vermitteln, ähnlich wie ein Tunnel, optisch das Signal, langsam zu fahren. Die Straße wirkt schmaler, vor allem bei sichtbarem Gegenverkehr.

Ein bemerkenswerter Vergleich:

Obwohl die Hähnleiner Ortsdurchfahrt (L3112, Foto unten) tatsächlich schmaler ist, wirkt sie aus der Sicht des Autofahrers deutlich breiter, als die baumbestandene Alsbacher Straße (L3100) in Jugenheim (Foto oben).



Die Gernsheimer Straße in der Ortsdurchfahrt Hähnlein: Freie Sicht suggeriert freie Fahrt und verleitet auch innerhalb von Orten zu schnellem Fahren. Auch wenn der auf dem Bild zu erkennende Standstreifen als Fahrradspur rot gekennzeichnet wäre, ändert sich daran nichts.